

**Niederschrift über die
Sitzung des Bauausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 09.11.2018 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier (Öffentlicher Teil).**

Beginn: **16:00** Uhr

Ende: **17:15** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz	ab 16:15 Uhr, Vorsitz ab TOP 3
Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt	Vorsitz TOP 1 u. TOP 2, bis 16:25 Uhr

Mitglieder

Herr Holger Härtel	
Herr Sascha Kohlmann	ab 16:35 Uhr (TOP 3)
Herr Volker König	Vertretung für Herrn Achim Schmitt, ab 16:25 Uhr (TOP 3)

Herr Andreas Ludwig	
Herr Paul Port	
Herr Bruno Porten	
Herr Lothar Rommelfanger	Vertretung für Herrn Hans Steuer, bis 17:05 Uhr (nach TOP 3)

Herr Helmut Schneiders	
Herr Joachim Weber	Vertretung für Herrn Lutwin Ollinger, bis 17:05 Uhr (nach TOP 3)

Verwaltung

Herr Norbert Etringer	ab 16:10 Uhr
Herr Rolf Rauland	
Frau Irmgard Schmitt	
Herr Dr. Jürgen Stadt	
Herr Marco Stark	bis 16:30 Uhr

Gäste

Frau Edeltrud Bayer	LBM Trier, bis 16:30 Uhr
Herr Ralf Jakobs	LBM Trier, bis 16:30 Uhr

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Erich Bales	entschuldigt
Herr Gerd Benz Müller	entschuldigt
Herr Lutwin Ollinger	entschuldigt
Herr Achim Schmitt	entschuldigt
Herr Hans Steuer	entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis	entschuldigt
-------------------------------------	--------------

Frau Kreisbeigeordnete Jutta Roth-
Laudor

entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der Erste Kreisbeigeordnete, Herr Arnold **Schmitt**, begrüßt als **Vorsitzender** der heutigen Sitzung die anwesenden Mitglieder des Bauausschusses, Frau **Bayer** und Herrn **Jakobs** vom Landesbetrieb Mobilität Trier (LBM Trier) sowie die Mitarbeiter der Kreisverwaltung Trier-Saarburg. Der **Vorsitzende** entschuldigt Herrn Landrat **Schartz** und Herrn **Rauland** (beide erscheinen um 16:15 Uhr zur Sitzung; Landrat Schartz übernimmt ab Tagesordnungspunkt 3 den Sitzungsvorsitz) sowie die Mitglieder des Bauausschusses: Herrn **Bales**, Herrn **Benzmüller**, Herrn **Ollinger**, Herrn **Schmitt** und Herrn **Steuer**.

Der **Vorsitzende** stellt ferner fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und die Beratungsunterlagen zugegangen seien. Da keine Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung vorgeschlagen werden, wird diese wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. **K 96, zwischen Hinzert und Pöler, Antrag der Ortsgemeinde Hinzert-Pöler auf Errichtung eines Verbindungswegs zwischen den beiden Ortsteilen**
Vorlage: 0397/2018
2. **Kreuzung Osburg-Neuhaus (L 151/L149/K 67), mögliche Entschärfung durch Anlage eines Kreisverkehrsplatzes**
Vorlage: 0398/2018
3. **Beratung des Haushaltsplans 2019; Beschlussempfehlung Teilhaushalt 3 - Abteilung 3 "Gebäudemanagement" und Abteilung 5 "Schulen und Bildung" sowie Abteilung 6 - Teilhaushalt "Kreisstraßen"**
Vorlage: 0401/2018
4. **Ruwertalschule Waldrach - Auftragserteilung Objektplanung und Freianlagenplanung**
Vorlage: 0342/2018
5. **Integratives Schulprojekt Schweich - Förderverfahren / Prüfung des Landesrechnungshofes**
Vorlage: 0390/2018
6. **Informationen und Anfragen**
Vorlage: 0402/2018

Öffentlicher Teil

1. K 96, zwischen Hinzert und Pöler, Antrag der Ortsgemeinde Hinzert-Pöler auf Errichtung eines Verbindungswegs zwischen den beiden Ortsteilen; Vorlage: 0397/2018

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und erteilt Frau **Bayer** vom LBM Trier das Wort. Diese trägt den Sachverhalt zusammenfassend vor. Eine weitere Aussprache findet nicht statt.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt die Anlage eines Gehwegs entlang der K 96 zwischen Hinzert und Pöler. Der Gehweg soll eine Länge von rd. 700 Metern haben und von Pöler kommend rechtsseitig in einer Breite von 1,50 Meter angelegt werden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden voraussichtlich ca. 75.000,- € betragen und sollen in den Jahren 2019, 2020, bzw. 2021 (je nach Planungsfortschritt) aus den Mitteln des laufenden Straßenunterhalts (Unterhaltungsmittel) finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

2. Kreuzung Osburg-Neuhaus (L 151/L149/K 67), mögliche Entschärfung durch Anlage eines Kreisverkehrsplatzes; Vorlage: 0398/2018

Protokoll:

Zunächst erläutert der **Vorsitzende** mit Verweis auf die Vorlage der Verwaltung den Sachverhalt. Das Ausschussmitglied Herr **Port** erkundigt sich, warum der Kreisverkehrsplatz nicht vor der Abstufung der Strecke von einer Bundes- zur Landesstraße erfolgt sei. In diesem Fall hätte der Bund die entsprechenden Kosten (noch) tragen müssen. Frau **Bayer** vom LBM Trier erklärt daraufhin, dass der von der Abstufung betreffende Streckenabschnitt teilweise noch vom Bund saniert worden sei. Die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes sei seinerzeit nicht vorgesehen gewesen.

Im Rahmen der anschließenden Aussprache legt Frau **Bayer** vom LBM Trier ferner dar, dass ein Kreisverkehrsplatz aus Sicht des LBM sowohl bezüglich der Verkehrssicherheit als auch hinsichtlich der Leistungsfähigkeit noch eingehend untersucht werden müsse. Dabei würden auch andere Varianten für die Gestaltung des Kreuzungsbereichs in die Untersuchungen einbezogen. Die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes sei im Hinblick auf die beiden genannten Aspekte nicht zwingend die sinnvollste Lösung. Über etwaige Alternativen müsse daher gegebenenfalls erneut beraten werden.

Sodann fasst der Bauausschuss den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Bauausschuss spricht sich aus verkehrstechnischen Gründen, sowie aus Gründen des ÖPNV für die Anlegung eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreuzung der K 67 mit der L 151 und der L 149 bei Osburg-Neuhaus aus und fordert den Landesbetrieb Mobilität (LBM) und das Land dazu auf, entsprechende Planungen dafür aufzunehmen und die Maßnahme schnellstmöglich in das Landesstraßenbauprogramm des Landes einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

3. **Beratung des Haushaltsplans 2019; Beschlussempfehlung Teilhaushalt 3 - Abteilung 3 "Gebäudemanagement" und Abteilung 5 "Schulen und Bildung" sowie Abteilung 6 - Teilhaushalt "Kreisstraßen"**
Vorlage: 0401/2018

Protokoll:

Ab diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Herr Landrat **Schartz** den Sitzungsvorsitz vom Ersten Kreisbeigeordneten, Herrn Arnold **Schmitt**.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort an Frau **Bayer** vom LBM Trier, die zu den im Kreisstraßenbauprogramm für das Jahr 2019 eingestellten Maßnahmen vorträgt (siehe Vorlage 0401/2018, Anlage „2. Entwurf Kreisstraßenbauprogramm 2019“ Stand 13.09.2018) und beantwortet dabei einige kurze Fragen der Mitglieder des Bauausschusses. Zusammenfassend erläutert Frau **Bayer**, dass für die im Kreisstraßenbauprogramm eingestellten Maßnahmen für das Jahr 2019 ein Haushaltsansatz von rund 6 Mio. € vorgesehen. Ob die eingeplanten Zuweisungen in Höhe von gut 4 Mio. € auch erfolgen werden, sei abzuwarten.

Sodann erteilt der **Vorsitzende** das Wort an Herrn Dr. **Stadt**, Leiter Gebäudemanagement Kreisverwaltung Trier-Saarburg. Herr Dr. **Stadt** trägt zu den für das Jahr 2019 vorgesehenen, investiven Baumaßnahmen des Landkreises anhand der Übersicht „Finanzhaushalt 2019 – Teilhaushalt 3 – Gebäudemanagement – Erläuterungen zu investiven Maßnahmen“ (Anlage zu Vorlage 0401/2018) vor. Bezüglich einzelner Bauvorhaben werden dabei die Fragen des Ausschusses beantwortet bzw. im Rahmen einer Aussprache beraten.

Hinsichtlich der Sanierung der Stefan-Andres-Halle in Schweich wird die Problematik der fehlenden Ausweichmöglichkeiten angesprochen. Der **Vorsitzende** verweist darauf, dass die Maßnahme wegen der Fristen für den Abruf von Fördermitteln nicht verschoben werden könne. Die Situation

werde in einem Gespräch mit den örtlichen Vereinen am 23.11.2018 erläutert. Das Ausschussmitglied Herr **Porten** sieht als vorrangige Herausforderung die Kompensationsmöglichkeiten für den Sportunterricht der rund 2000 Schülerinnen und Schüler des Stefan-Andres-Schulzentrums und erkundigt sich in diesem Zusammenhang, wann die vorgesehene, zusätzliche 2-Feldhalle für das Stefan-Andres-Schulzentrum gebaut werden solle. Der **Vorsitzende** erklärt diesbezüglich, dass die Kreisverwaltung derzeit ein erhebliches Bauvolumen bearbeite. Daher könnten nicht alle Projekte gleichzeitig abgearbeitet werden bzw. stünde für das gesamte Bauvolumen nicht ausreichend Personal zur Verfügung. Diese Situation würde sich durch die zusätzlichen Mittel aus dem KI 3.0-Programm noch verschärfen. Nicht zuletzt hätten die Baumaßnahmen zur Aufnahme von Flüchtlingen zur Verschiebung anderer Projekte geführt.

Zur Sanierung des Schulzentrums Konz teilt Herr Dr. **Stadt** mit, dass man den 2. Bauabschnitt verschieben werde bis die Planung der Technischen Gebäudeausrüstung für die gesamte Sanierungsmaßnahme konzeptionell abgeschlossen sei, um so kosten- und zeitaufwendige Änderungen während der Bauphase vermeiden zu können. Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Herr **Rommelfanger** nach den Baukosten erläutert Herr Dr. **Stadt**, dass in den ursprünglich ermittelten Gesamtkosten der Sanierung i.H.v. 34,4 Mio. € keine Baupreissteigerungen bis zum Ende der Maßnahme (voraussichtlich 2025) berücksichtigt worden wären. Bei einer nunmehr zu Grunde gelegten, jährlichen Baupreissteigerung von 3 % würden sich die Gesamtkosten der Sanierung auf rund 39,4 Mio. € belaufen.

Bezüglich der Neubaumaßnahmen für die Grund- und Realschule plus in Kell am See teilt Herr Dr. **Stadt** mit, dass die Sporthalle, für die bisher keine Sanierungsmaßnahmen geplant seien, voraussichtlich ebenfalls saniert oder neu gebaut werden müsse. Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Herr **Rommelfanger** nach dem Beginn der Baumaßnahmen erklärt Herr Dr. **Stadt**, dass derzeit der Bauantrag und die schulbaufachliche Prüfung vorbereitet würden. Im kommenden Jahr soll dann die schulbaufachliche Prüfung erfolgen. Der **Vorsitzende** ergänzt sodann mit Verweis auf andere Vorhaben, dass für die Dauer der schulbaufachlichen Prüfung ein Jahr eingerechnet werden müsse. Im Übrigen habe man die Schule nunmehr kurzfristig an einem Standort zusammengeführt, was von der Schule ausdrücklich begrüßt werde.

Das Ausschussmitglied Herr **Kohlmann** stellt im Rahmen seiner anschließenden Wortmeldung fest, dass für den Beginn der Baumaßnahmen des Neubaus in Kell am See Ende 2018 angegeben worden sei. Soweit sich der Baubeginn nunmehr verschiebe, bestünde die Gefahr, dass die Anmeldezahlen wieder zurückgehen könnten und der Bestand der Schule erneut gefährdet würde. Ergänzend schlägt Herr **Kohlmann** vor, den öffentlichen Personennahverkehr bzw. den Schülerverkehr im Hochwald so zu verbessern, dass die Schule in Kell am See adäquat erreicht werden könne.

Hieran anschließend erfolgt eine Aussprache in deren Rahmen der **Vor-**

sitzende auf das umfangreiche Bauprogramm des Landkreises, die Personalsituation des Gebäudemanagements sowie auf die Dauer der Verfahren verweist. Der **Vorsitzende** erklärt sich auf Anregung einiger Ausschussmitglieder bereit, im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit noch intensiver über den Baufortschritt bzw. den Stand der jeweiligen Projekte zu informieren. Gleichzeitig bittet der **Vorsitzende** die Mitglieder des Ausschusses in ihren jeweiligen Regionen ebenfalls für die Projekte zu werben.

Abschließend stellt Herr Dr. **Stadt** noch die übrigen für 2019 eingeplanten Baumaßnahmen vor und macht noch einige Ergänzungen zum Bauunterhalt. Hier verweist er insbesondere auf die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen an der Levana-Schule Schweich.

Eine weitere Aussprache findet nicht statt.

Beschluss:

Der Bauausschuss erklärt sich mit dem vorgelegten Entwurf des Haushaltsplans 2019, Teilhaushalt 3 der Abteilung 3 „Gebäudemanagement“ und Abteilung 5 „Schulen und Bildung“ sowie Abteilung 6 „Kreisstraßen“ einverstanden und empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag dem Verwaltungsentwurf zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

4. Ruwertalschule Waldrach - Auftragserteilung Objektplanung und Freianlagenplanung; Vorlage: 0342/2018

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung. Der Bauausschuss nimmt die Information ohne Aussprache zur Kenntnis.

5. Integratives Schulprojekt Schweich - Förderverfahren / Prüfung des Landesrechnungshofes; Vorlage: 0390/2018

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung, auf die Sitzung des Kreisausschusses vom 05.11.2018 sowie die bisherige Berichterstattung des Trierischen Volksfreunds in der Angelegenheit. Ferner fasst der **Vorsitzende** den Stand des Verfahrens zusammen. Demnach müsse nun erst das Prüfergebnis des Rechnungshofes mit allen Beteiligten und dem

Rechnungshof erörtert werden. Danach könne das Verfahren nach § 18 des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG) seitens des Bildungsministeriums eingeleitet werden. Erst nach Abschluss dieses Verfahrens könne eine Bewilligung der Baumaßnahme erteilt werden.

Der **Vorsitzende** teilt ferner mit, dass im Gespräch am 05.11.2018 mit der Bildungsministerin Hubig diese im Hinblick auf die Änderung des Grundgesetzes und die damit zu erwartenden, zusätzlichen Bundesmittel die sogenannte Besserstellungsklausel zugesagt habe.

Abschließend fasst der **Vorsitzende** zusammen, dass nun das Gespräch mit dem Rechnungshof abzuwarten sei. Gegebenenfalls müsse man sich jedoch auch über die Feststellungen des Rechnungshofes hinwegsetzen. Herr **Rauland** ergänzt hierzu, dass man vor diesem Schritt zunächst alles versuchen werde, den Rechnungshof von der bisherigen Planung zu überzeugen.

Der Ausschuss nimmt die Informationen ohne Aussprache zur Kenntnis.

6. Informationen und Anfragen; Vorlage: 0402/2018

Protokoll:

Herr **Rauland** teilt mit, dass der Stadtrat Konz der Abstufung der K 148 OD Hamm zugestimmt habe.

Herr **Rauland** teilt mit, dass die Ortsgemeinde Lampaden gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Trier vom 28.08.2018 bezüglich der Abstufung der K 55 Lampaden-Geisemerich Rechtsmittel eingelegt habe.

Darüber hinaus liegen weder Informationen noch Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

(Landrat Günther Schartz)

Erster Kreisbeigeordneter
Arnold Schmitt

Der Protokollführer:

(Maximilian Junkes)